

Beschlussempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Gesundheit (14. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Andrew Ullmann, Dr. Christoph Hoffmann, Jens Beeck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/26849 –**

Wirksame Pandemieprävention durch One Health

A. Problem

Aus Sicht der Antragsteller seien die Folgen der COVID-19 für die Gesundheit, Gesellschaft und Wirtschaft beispiellos. Diese Lungenkrankheit sei zoonotischen Ursprungs, werde also zwischen Tier und Mensch übertragen. Gesundheitsexperten warnten eindringlich vor dem wachsenden Pandemierisiko durch Zoonosen. Ohne Präventionsmaßnahmen würden Pandemien häufiger auftreten, sich schneller ausbreiten, mehr Menschen töten und die Weltwirtschaft mit verheerenderen Auswirkungen als je zuvor beeinflussen. Um dieser gesundheitlichen Herausforderungen nachhaltig zu begegnen und die Welt vor Pandemien zu schützen, brauche es einen multilateralen, ganzheitlichen, interdisziplinären und sektorenübergreifenden Ansatz, der die komplexe Vernetzung und gegenseitige Abhängigkeit von Mensch, Tier und Umwelt berücksichtige. Dieser Ansatz werde durch das One-Health-Konzept verkörpert, das eine enge Zusammenarbeit, Koordination, Kommunikation und konzertierte Maßnahmen zwischen Experten für Mensch, Tier und Umwelt sowie den Abbau von sektoralen und disziplinarischen Silos fordere.

B. Lösung

Die Initianten fordern eine konsequent stärkere Verfolgung des One-Health-Ansatzes auf nationaler und globaler Ebene sowie weitergehende Maßnahmen.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/26849 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2021

Der Ausschuss für Gesundheit

Erwin Rüdgel
Vorsitzender

Claudia Moll
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Claudia Moll

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/26849** in seiner 212. Sitzung am 25. Februar 2021 in erster Beratung behandelt und an den Ausschuss für Gesundheit zu federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft und den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Aus Sicht der Antragsteller seien die Folgen der COVID-19 für die Gesundheit, Gesellschaft und Wirtschaft beispiellos. Diese Lungenkrankheit sei zoonotischen Ursprungs, werde also zwischen Tier und Mensch übertragen. Zoonosen könnten sowohl von Viren, als auch von Bakterien, Pilzen, Parasiten oder Prionen verursacht und durch direkten Kontakt oder durch Nahrung, Wasser oder indirekten Kontakt mit Überträgern wie Stechmücken auf den Menschen übertragen werden. Sie seien aufgrund der engen Beziehung zu Tieren in der Landwirtschaft, als Begleiter und in der natürlichen Umwelt weltweit ein großes Problem für die öffentliche Gesundheit. Insgesamt seien 60 Prozent aller menschlichen Infektionskrankheiten und 73 Prozent aller neu auftretenden menschlichen Infektionskrankheiten zoonotischen Ursprungs. Epidemiologisch betrachtet korrelierten Häufigkeit, Stärke und Dynamik epidemischer oder gar pandemischer Zoonosen mit dem Wachstum und der zunehmenden Dichte der Weltbevölkerung, der Zunahme weltweiter Mobilität und der räumlichen Ausdehnung menschlicher Siedlungsaktivität. Gesundheitsexperten warnten eindringlich vor dem wachsenden Pandemierisiko durch Zoonosen. Ohne Präventionsmaßnahmen würden Pandemien häufiger auftreten, sich schneller ausbreiten, mehr Menschen töten und die Weltwirtschaft mit verheerenderen Auswirkungen als je zuvor beeinflussen.

Eine effektivere und unbürokratische Regulierung des legalen Wildtierhandels, Hygienestandards, Maßnahmen zur Lebensmittelsicherheit, Aufklärungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen, Förderung von Monitoring- und Kontrollsysteme sowie die verringerte Ausdehnung menschlicher Siedlung und naturschädlicher Aktivitäten – und damit ein besserer Schutz verbliebener Tropenwälder – reduzierten das Pandemierisiko deutlich. Werde das Vordringen von Menschen in bestehende Ökosysteme reduziert, werde auch weniger intakter Lebensraum zerstört. Die räumliche Distanz zwischen Wildtieren und Menschen bleibe erhalten. Hierbei müssten Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit helfen, um die Übernutzung von Regenwäldern, den Siedlungsfraß und unkontrollierten Handel mit Wildtieren, der die Übertragung und Ausbreitung der Krankheit besonders vorantreibe, zu durchbrechen sowie grundlegende WASH-Hygienestandards zu implementieren. Insbesondere gelte es, Tropenwälder zu erhalten und die Lebenswelten von Mensch, Wild- und Nutztier so gut es gehe zu trennen.

Um dieser vorliegenden gesundheitlichen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nachhaltig zu begegnen und nach COVID-19 die Welt vor Pandemien zu schützen, brauche es einen multilateralen, ganzheitlichen, interdisziplinären und sektorenübergreifenden Ansatz, der die komplexe Vernetzung und gegenseitige Abhängigkeit von Mensch, Tier und Umwelt berücksichtige. Dieser Ansatz werde durch das One-Health-Konzept verkörpert, das eine enge Zusammenarbeit, Koordination, Kommunikation und konzertierte Maßnahmen zwischen Experten für Mensch, Tier und Umwelt sowie den Abbau von sektoralen und disziplinarischen Silos fordere.

Die Initianten verfolgen mit dem Antrag das Ziel, dass der One-Health-Ansatz auf nationaler und globaler Ebene konsequent stärker verfolgt werde. Insbesondere dessen Umweltdimension müsse gestärkt werden. Zudem seien adaptive, ganzheitliche und transdisziplinäre Ansätze zur Erkennung, Prävention, Überwachung, Kontrolle und Abschwächung neu auftretender beziehungsweise wiederauflebender Krankheiten zu fördern. Deutschland sollte Entwicklungsländer gezielt bei der frühzeitigen Erkennung und Eindämmung von Zoonosen unterstützen, Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit fördern, die das Bewusstsein und Verständnis für die Entstehung und Verbreitung von Zoonosen verbesserten sowie bei der Entwicklung und Umsetzung eines globalen Frühwarnsystems für Zoonosen mitwirken. Zudem sollte die gezielte interdisziplinäre Forschungsförderung sowie die Entwicklung neuer Wirkstoffe und Diagnostika für unbekannte Krankheitserreger unterstützt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat in seiner 87. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26849 zu empfehlen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 79. Sitzung am 9. Juni 2021 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26849 zu empfehlen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Gesundheit hat den Antrag auf Drucksache 19/26849 in seiner 175. Sitzung am 9. Juni 2021 beraten.

Als Ergebnis empfiehlt der **Ausschuss für Gesundheit** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/26849.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, der im Antrag geforderte One-Health-Ansatz sei bereits ein Schwerpunkt des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und wichtiger Bestandteil der Globalen Gesundheitsstrategie der Bundesregierung. Weiter unterstütze auch das Auswärtige Amt WASH im Rahmen der Humanitären WASH-Strategie. WASH sei auch Teil der Strategie der Bundesregierung für Globale Gesundheit. Den Antrag lehne man ab, da der One-Health-Ansatz bereits ein Schwerpunkt der Bundesregierung sei.

Die **SPD-Fraktion** hob hervor, die Forderungen seien bereits durch die Strategie der Bundesregierung zur globalen Gesundheit sowie den von Deutschland und der EU unterstützten Pandemievertrag mit aufgenommen worden und würden an dieser Stelle auch international umgesetzt. Insofern betrachte man den Antrag als erledigt und lehne ihn ab.

Die **Fraktion der AfD** zog in Zweifel, was mit dem Antrag realistischer Weise erreicht werden solle. Bereits im Jahr 2019 habe die Weltgesundheitsorganisation ihren Leitfaden zur Bekämpfung von Zoonosen vorgestellt. Seitdem arbeite die Weltgesundheitsorganisation entsprechend ihrem Dreierleitfaden für Zoonosen daran, die Länder dabei zu unterstützen, eine nachhaltige und funktionierende Zusammenarbeit an der Schnittstelle Mensch-Tier-Umwelt zu erreichen. Auch Deutschland unterstütze bereits diesen Ansatz. So beteilige sich beispielsweise das Robert Koch-Institut an Forschungsprojekten beziehungsweise Zusammenschlüssen, wie zum Beispiel der Deutschen Antibiotika-Resistenz-Strategie mit One-Health-Bezug oder der Infect-Control 2020, einem Konsortium aus Wirtschaftsunternehmen und akademischen Partnern zum Umgang mit neuen und resistenten Erregern. All dies werde weiterentwickelt und vorangetrieben. Die Forderungen des Antrages seien größtenteils bereits umgesetzt. Man lehne den Antrag deshalb ab.

Die **FDP-Fraktion** teilte mit, mit dem vorliegenden Antrag fordere sie die Bundesregierung auf, konsequent den One-Health-Ansatz, der die komplexen systemischen Zusammenhänge von Mensch, Tier und Umwelt und Gesundheit berücksichtige, auf nationaler und globaler Ebene stärker zu verfolgen. Insbesondere die Umweltdimension des One-Health-Ansatzes müsse gestärkt werden, denn Umweltaspekte seien bisher bei der Umsetzung nicht ausreichend berücksichtigt worden. Sie bitte um Zustimmung.

Die **Fraktion DIE LINKE.** äußerte, der Antrag enthalte einige unterstützenswerte Forderungen, bleibe jedoch stellenweise wie in der ersten Forderung sehr unkonkret. So bleibe offen, wie der One-Health-Ansatz konkret umgesetzt werden solle, durch welche Institutionen und Organisationen auf welchen Ebenen und wie und von wem finanziert. Zudem setze er bei Forschungsförderung und -entwicklung auf gängige Institutionen im Bereich globale Gesundheit und Programme öffentlich-privater Partnerschaften wie CEPI und FIND ohne zu evaluieren,

ob deren Initiativen in der Vergangenheit erfolgreich gewesen seien und allen Menschen universell geholfen hätten. Nicht zuletzt die in den letzten Dekaden erfolgte neoliberale Privatisierung der Weltgesundheit und die damit einhergehende Schwäche und öffentliche Unterfinanzierung der WHO hätten dazu geführt, dass weder ausreichend Pandemievorsorge im Vorfeld der COVID-19-Pandemie noch ein schneller und angemessener Umgang mit der Pandemie erfolgt seien. Lediglich mit der Verfolgung eines recht unkonkreten „One-Health“-Ansatzes sowie dem Schutz der Naturwälder lasse sich keine ausreichende Pandemieprävention bewerkstelligen. Pandemieprävention müsse in einem ganzheitlichen Ansatz von Gesundheit verfolgt werden und die sozialen Determinanten von Gesundheit mitdenken, hier insbesondere Armut, Ungleichheit, Umweltzerstörung und Klimawandel. Man enthalte sich daher der Stimme.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** bekundete, der Antrag beinhalte wichtige Schritte, um das Risiko künftiger Pandemien zu verringern. Man unterstütze die Punkte generell, fordere dafür aber im Gegensatz zur FDP unter anderem eine Aufstockung des Etats des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Man brauche darüber hinaus eine grundsätzliche Neuausrichtung der globalen Gesundheitspolitik auch mit konkreten Zielsetzungen. Die Pandemie lege schonungslos offen, wie verwundbar und vernetzt die globale Gemeinschaft sei. Deshalb sollten mindestens 0,1 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Entwicklungszusammenarbeit im Gesundheitsbereich zur Verfügung gestellt werden. Überall müsse ein besserer Zugang zu bezahlbaren Generika ermöglicht werden. Lebenswichtige Medikamente wie Antibiotika und Impfstoffe müssten global gerecht und allen Menschen weltweit zugänglich gemacht werden.

Berlin, den 9. Juni 2021

Claudia Moll
Berichterstatlerin

